

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Dienstag, den 04.03.2014 um
16:30Uhr Städtisches Krankenhaus Eisenhüttenstadt GmbH
- Konferenzzimmer, 3. OG -
(Bitte nutzen Sie den Haupteingang und folgen Sie der Ausschilderung.)
Friedrich-Engels-Straße 39
15890 Eisenhüttenstadt

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 18:32 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung der neuen schmerztherapeutischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Eisenhüttenstadt (Treffpunkt im Sitzungsraum)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung des Protokolls der Sitzung am 07.01.2014
5. Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 008/2014
6. Die Aufnahme und/oder Betreuung suchtabhängiger pflegebedürftiger älterer Menschen in Pflegeheimen
7. Finanzmittelbedarf für Projektförderungen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree
8. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Besichtigung der neuen schmerztherapeutischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Eisenhüttenstadt (Treffpunkt im Sitzungsraum)

Der Ausschussvorsitzende, Herr Balzer, eröffnet die Sitzung und bedankt sich bei der Geschäftsführerin des Städtischen Krankenhauses Eisenhüttenstadt, Frau Guschel, für die Möglichkeit, die Sitzung in den Räumlichkeiten des Krankenhauses durchführen zu können und die Möglichkeit, den Abgeordneten einen kurzen Einblick in die neue schmerztherapeutische Abteilung des Krankenhauses zu erhalten. Des Weiteren stellt er die Aufsichtsratsvorsitzende des Krankenhauses, Frau Siebke, vor. Sie ist ebenfalls Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Eisenhüttenstadt.

Anschließend übergibt Herr Balzer das Wort an Frau Guschel.

Frau Guschel bedankt sich für die einführenden Worte und begrüßt alle Anwesenden. Sie gibt einen kleinen Überblick zu den Entwicklungen des Krankenhauses.

- Die neue schmerztherapeutische Abteilung habe sich sehr gut entwickelt. 8 Betten seien vorhanden, 1.000 Patienten könnten jährlich, nicht nur auf dieser Station behandelt werden und der Bedarf würde weiter steigen.
- Insgesamt habe das Krankenhaus eine 100 %-ige Belegung mit 11.000 Patienten im Jahr.
- Dazu zählen auch Patienten aus der ZABH, welche stationär behandelt werden müssten, wobei dabei auch immer die Hygienerichtlinie eingehalten und beachtet werden müsse.
- Des Weiteren wurde die Geriatrie zu Beginn des Jahres erweitert, wobei man mit solch einem Patientenansturm nicht gerechnet habe. (bereits in der 2. Woche nach der Eröffnung über 100 %-ige Auslastung)
- Frau Guschel führt aus, dass die Geschäftsleitung ebenso mit der Entwicklung der Tagesklinik in Guben zufrieden sei (85 % Auslastung).

Anschließend folgt die Besichtigung der neuen schmerztherapeutischen Abteilung. Nach der Beendigung der Besichtigung bedankt sich Herr Balzer bei Frau Guschel und Frau Siebke und schließt den TOP.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Balzer begrüßt nochmals alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende gibt zu Protokoll, dass zu dem eigentlich geplanten TOP 5, „Die Aufnahme und/oder Betreuung suchtabhängiger pflegebedürftiger älterer Menschen in Pflegeheimen“, kein Sachkundiger erschienen sei. Aus diesem Grund würde dieser TOP abgesetzt.

Da jedem Abgeordneten der Schriftsatz der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Bartolf, vorläge und 2 Vertreterinnen des Büros der Gleichstellungsbeauftragten anwesend seien, bittet er darum, unter Top 7 den Finanzmittelbedarf für Projektförderungen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree zu beraten.

Er lässt die Abgeordneten über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Bestätigung des Protokolls der Sitzung am 07.01.2014

Herr Balzer weist darauf hin, dass ihm ein Ergänzungsantrag zum Protokoll der vorangegangenen Sitzung am 07.01.2014 von Frau Freninez vorläge. Er verliest diesen und erkundigt sich nach weiteren Änderungswünschen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Herr Balzer den TOP und bittet um die Anlage des Schriftstückes ans Protokoll (Anlage zu TOP 4).

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 5 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr
2014
Vorlage: 008/2014**

Herr Balzer eröffnet den TOP und übergibt das Wort an Herrn Buhrke, Dezernent für Finanzen, Ordnung und Innenverwaltung.

Herr Buhrke bedankt sich und erläutert den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 5).

Dabei möchte er einige Punkte hervorheben:

- Der Haushaltsplanentwurf sei im Volumen etwas über dem des Vorjahres, aber durch höhere Erträge sei dieser ausgeglichen.
- Der Schullastenausgleich falle aufgrund der Steigerung der Schülerzahlen sowie Übernahme der weiterführenden Schulen in Fürstenwalde höher aus.
- Die Kreisumlage sei relativ stabil geblieben, daher ebenfalls der Hebesatz zum Vorjahr konstant bei 42,8 %. Die Kreisverwaltung nehme so auch Rücksicht auf die Entwicklungen und Möglichkeiten der Gemeinden.
- Ebenfalls sei man mit der Entwicklung des Stellenplanbedarfs zufrieden. Trotz einer höheren Stellenanzahl wären die Aufwendungen im Gegensatz zu 2013 geringer.
Herr Buhrke gibt jedoch zu bedenken, dass in diesem Jahr neue Tarifverhandlungen anstehen würden und man mit einer Steigerung von 1,5 % kalkuliere. Eine genaue Entwicklung sei abzuwarten.
- Er erörtert noch kurz die geplanten Baumaßnahmen anhand der Präsentation.

Im Anschluss an seine Ausführungen übergibt er das Wort an Frau Lauke, Amtsleiterin Sozialamt. Sie erläutert ebenfalls einige Einzelheiten:

- Kostensteigerung bei Leistungen nach dem SGB XII durch die Kostensatzerhöhungen (Betriebs- und Personalkosten der Träger und Tarifierhöhungen - Steigerung um 2,6 Mio. € im Gegensatz zum Vorjahr)
- Steigerung der Kosten in den Behindertenwerkstätten um 2 %
- Hinweis auf die neue Prognose zur Unterbringung von Asylbewerbern liegt vor: 311 Personen müssten durch den Landkreis in 2014 aufgenommen werden. Die Zahl kann aber weiterhin nach oben korrigiert werden
Neue Verhandlungen für ein Wohnheim in Fürstenwalde würden man mit der Caritas führen.
- Einzelfallhilfe/Hilfe für angemessene Schulbildung
Feststellung zu benötigtem Einzelfallhelfer erfolgt durch Begutachtung des Gesundheitsamtes und der Fallkonferenz des staatlichen Schulamtes
Steigerung vor allem bei Kindern die in der Frühförderung waren, daher dort ein Kostenanstieg
Kosten für Frühförderung fast konstant geblieben

Auf Nachfrage von Herrn Nachtigall gibt Herr Buhrke an, dass in Fürstenwalde ein Objekt für die Unterbringung von Asylbewerbern angemietet sei und die Herrichtung des Gebäudes durch den Vermieter erfolge.

Herr Balzer bedankt sich für die Ausführungen und übergibt das Wort an Frau Dr. Baumann, Amtsleiterin Gesundheitsamt und Amtsärztin.

Sie führt aus, dass die Kosten für die Untersuchungen in der ZABH in Eisenhüttenstadt stark gestiegen seien. Das Land Brandenburg, Innenministerium, kalkuliere in 2014 mit 4.000, in 2015 bereits mit 5.000 Erstuntersuchungen.

Herr Buhrke meldet sich zu Wort und führt aus, dass dies eigentlich die Aufgabe des Landes sei und dort eine klare rechtliche Regelung in Arbeit sei.

Frau Dr. Baumann gibt zu bedenken, dass die steigende Zahl der Asylbewerber auch eine Steigerung bei den ansteckenden Erkrankungen zur Folge habe, vor allem Tbc.

Bereits seit 2008 arbeite man mit Honorarärzten in der ZABH zusammen. Seit 2013 seien auch Krankenhausärzte in die Untersuchungen involviert.

Die erhöhte Anzahl der Untersuchungen hat aber auch ein erhöhtes Verwaltungsaufkommen zur Folge (im Verhältnis 1:3). Daher sei eine dauerhafte Aufstockung des Personals über die Refinanzierung des Landes notwendig.

Frau Dr. Baumann führt des Weiteren aus, dass sich die Personalfindung, vor allem im ärztlichen Bereich, sehr schwierig gestalte.

Sie weist darauf hin, dass die MitarbeiterInnen im Gesundheitsamt am Limit arbeiten. Momentan könne man nur als „Feuerwehr“ in der ZABH wirken.

Herr Balzer bedankt sich für die offenen Worte von Frau Dr. Baumann und erkundigt sich nach Fragen der Anwesenden.

Auf Nachfrage von Frau Freninez gibt Frau Dr. Baumann an, dass die Refinanzierung über Pauschalen pro Untersuchung erfolgen würde, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Altersgruppen: unter 5 Jahre, 5 bis 15 Jahre, über 15 Jahre und Schwangere.

Eine weitere Schwierigkeit bestehe in den unterschiedlichen Sprachen. Zu jeder Blutentnahme- und Impfung müsse man Dolmetscher bereithalten, damit die Verständigung funktioniere.

Frau Dr. Weser weist darauf hin, dass das öffentliche Gesundheitsdienstgesetz weitere Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen vorsehe, z. B. Reihenuntersuchungen, welche durch das Gesundheitsamt erfolgen sollten. Dies sei jedoch mit der jetzigen ärztlichen Besetzung kaum zu schaffen. Man müsse direkt vor Ort in der ZABH einen weiteren Arzt und eine Schwester haben, die über das Land bereitgestellt würden, um die medizinische Versorgung der Asylbewerber sicher zu stellen.

Sie stellt fest, dass der Landkreis Oder-Spree nicht alleine für diese Aufgabe zuständig sein könne, nur weil die Aufnahmestelle sich hier befände.

Frau Freninez schlägt vor, einen Brief an die Landesregierung zu senden, um die Problematik zu schildern, auch im Hinblick auf den Haushalt, da für die wahrgenommenen Aufgaben das Geld nicht vorgesehen war.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Niedermeyer gibt Frau Dr. Weser an, dass man weitere Honorarkräfte einstellen könne.

Sie führt aus, dass mit Ende dieses Jahres Ärzte des Gesundheitsamtes in den Ruhestand gingen. Für Vorschläge zu ärztlichen Kollegen für eine Nachbesetzung wäre sie sehr dankbar. Zur Problematik in der ZABH gibt sie weiter an, dass man die Überflutung der Rettungsstellen nicht außer Acht lassen dürfe. Es müsse sich hier etwas grundlegend ändern.

Herr Buhrke gibt zu bedenken, dass die eigentliche Aufgabenerfüllung des Gesundheitsamtes aufgrund der momentanen Lage nicht möglich sei.

Des Weiteren führt er aus, dass man bei der Personalfindung mit den Verdienstmöglichkeiten der freien Wirtschaft konkurrieren müsse. Diese Einkommen könne eine kommunale Verwaltung nicht stemmen, man müsse die Vorzüge der Verwaltung mehr hervorheben, wie z. B. gezielte Arbeitszeiten, keine 24-Stunden-Schichten etc.

Frau Böhnisch spricht sich ebenfalls für ein Schreiben an das Land aus, welches der Ausschuss verfassen sollte um eine andere/bessere Wirkung zu erzielen. Es bestehe die Möglichkeit, in der offenen Fragestunde vor der nächsten Landtagssitzung dies mit einzubringen.

Frau Dr. Baumann berichtet, dass im Landkreis Spree-Neiße bereits mit einer abgespeckten Version des Personals gearbeitet würde. Die Schwestern haben dort eine Fortbildung erhalten und würden nun alleine rausfahren und den Ärzten nur noch die Ergebnisse für die Gutachten-erstellung vorlegen. Sie gibt aber auch zu, dass so keine Lösung für den Landkreis Oder-Spree aussehen könne.

Frau Griesche spricht sich aufgrund des akuten Handlungsbedarfs für ein Schreiben an den Landtag aus.

Herr Balzer möchte darauf hinweisen, dass der Landkreis sein Versprechen eingelöst habe in Bezug auf die finanzielle Unterstützung der Frauenhäuser in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt. Diese wurden mit jeweils 10.000 € bedacht.

Anschließend bittet Herr Balzer um die Abstimmung zur Beschlussvorlage 008/2014.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Die Aufnahme und/oder Betreuung suchtabhängiger pflegebedürftiger älterer Menschen in Pflegeheimen

Abgesetzt

Zu TOP 7 Finanzmittelbedarf für Projektförderungen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree

Herr Balzer weist auf die Information zum TOP hin und stellt fest, dass die Höhe Zuwendungen im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben sei.

Frau Böhnisch freut sich über die Unterstützung der Frauenhäuser durch den Landkreis mit jeweils 10.000 €, da der Landeszuschuss nicht ausreichend sei. Sie fragt jedoch nach, warum einige Projekte weniger beantragt jedoch mehr erhalten und einige mehr beantragt und weniger erhalten haben.

Frau Schokat gibt dazu an, dass Angebote ausgebaut wurden und daher auch höhere Personalkosten anfallen würden. Auf weitere Nachfrage von Frau Böhnisch gibt sie an, dass einige Anbieter keine Sachkosten beantragt hätten und daher auch keine bewilligt werden könnten. Frau Schokat gibt hierbei zu bedenken, dass z.B. der Frauenladen in Beeskow ebenfalls durch die Stadt Beeskow mit 6.000 € unterstützt würde und daher der Zuschuss des Landkreises sich so gestalte.

Herr Balzer bittet ebenfalls darum, dass man die Co-finanzierungen nicht außer Acht lassen dürfe.

Frau Böhnisch bittet darum, in Storkow beim Friedensdorf die Förderungshöhe bei den Sachkosten zu verringern und dies dann beim Frauenladen in Beeskow zu veranschlagen.

Herr Balzer und Frau Griesche schlagen vor, die Förderung bei diesen beiden Trägern um 1.000 € zu ändern.

Herr Kirchhoff merkt ebenfalls an, dass die Übersicht sehr lückenhaft sei, da man keine genauen Angaben zu Drittfinanzierungen erhalten würde.

Frau Schokat wird daraufhin gebeten, eine qualifiziertere Auflistung ab dem kommenden Haushaltsjahr zu erstellen.

Herr Balzer lässt über die Änderung der Vorlage abstimmen.

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 8 Sonstiges

Herr Balzer informiert, dass die gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss nun am 24.04.2014 in Beeskow stattfinden könne und bittet alle Anwesenden zu prüfen, ob dieser Termin realisierbar wäre. Da keine Einwände erhoben werden, bestätigt er den Termin und bittet das Gesundheits- und Jugendamt um die entsprechende Vorbereitung.

Des Weiteren bittet Herr Balzer die Verwaltung um die Erstellung des Schreibens an das Land und den Bund zur Problematik der ZABH bis zur Sitzung am 24.04.2014 um weitere Schritte beschließen zu können.

Herr Balzer bedankt sich und wünscht allen einen angenehmen Heimweg.

einstimmig zugestimmt

gez.

Frank Balzer
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Corinna Kuhley
Schriftführerin